

BKU-Pressmitteilung vom 28. Februar 2014

BKU begrüßt Gemeinsames Wort der Kirchen

Dött würdigt klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft

Der Bund Katholischer Unternehmer e. V. (BKU) begrüßt das klare Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft im Gemeinsamen Wort der Kirchen. Der Verband teile viele der darin ausgeführten wirtschaftspolitischen Positionen. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz haben die Schrift „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ heute in Frankfurt vorgestellt.

Die Kirchen zeigen sich in ihrer Initiative für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung überzeugt, dass „die Marktwirtschaft [...] sich als das bestmögliche System herausgestellt [hat], um unter den notorischen Knappheitsbedingungen des irdischen Lebens den Bereich der materiellen Bedarfsdeckung zu organisieren.“

„Wir sind froh über dieses klare Bekenntnis. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass sich die Kirchen in Zeiten, in denen unser Wirtschaftssystem immer wieder in Frage gestellt wird, eindeutig dazu bekennt“, sagte die BKU-Vorsitzende Marie-Luise Dött MdB heute in Berlin. Der BKU teile auch den Zusatz der Kirchen, dass eine unregulierte Marktwirtschaft „diese Aufgabe nur in unvollkommener Weise“ erfülle und daher einer Rahmenordnung bedürfe, „die die wirtschaftliche Betätigung des Einzelnen und der Unternehmen letztlich in gemeinwohldienlichen Bahnen hält.“ Dies sei die Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft, zu der sich auch der BKU klar bekenne. „Auch wir sind überzeugt, dass der Wettbewerb die besten Voraussetzungen für ‚Wohlstand für alle‘ bietet, aber einer Rahmenordnung bedarf, die die Politik im Sinne der Gemeinwohlorientierung auch gegen Partikularinteressen setzen und durchsetzen muss“, betonte Dött.

Wachstum als notwendige Bedingung für sozialen Ausgleich

Wachstum wird im Gemeinsamen Wort der Kirchen nicht verteufelt, sondern als notwendige Bedingung für nachhaltigen gesellschaftlichen Erfolg, für umfassende soziale Inklusion und Partizipation aller Menschen gesehen. „Das ist gut und richtig“, sagte Dött, und betonte gleichermaßen, dass Wachstum keine hinreichende Bedingung dafür sei: „Notwendig ist der Nachhaltigkeitsdreiklang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem.“ Wie die Kirchen stehe auch der BKU dafür, das „Ziel der ökologischen Verantwortung mit den herkömmlichen Prinzipien der marktwirtschaftlichen Freiheit und des sozialen Ausgleichs“ zu verbinden.

Zur Nachhaltigkeit gehörten auch Haushaltskonsolidierung und Schuldenbremse. „Wir begrüßen, dass sich die Kirchen dafür stark machen“, betonte Dött: „Wir müssen aufhören, auf Kosten unserer Kinder und Enkel zu leben. Die Belastung durch die explizite Staatsverschuldung und die implizite Verschuldung in den Sozialversicherungen sei bereits immens. „Wir müssen sie reduzieren, statt sie durch neue Schulden und die Einführung neuer umlagefinanzierter Ansprüche weiter zu erhöhen“, sagte Dött.

Bildungspolitik als zukunftsweisende Wirtschaftspolitik

Die Kirchen heben hervor, dass Bildung der Schlüssel für die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben sei. Der BKU teile diese Ansicht und geht ebenfalls davon aus, dass Bildungspolitik die Funktion vorsorgender Sozialpolitik erfüllen kann. „Doch Bildung ist noch mehr“, hob Dött hervor. „Bildungspolitik ist zukunftsweisende Wirtschaftspolitik. Ohne bestqualifizierte Fachleute verlieren wir Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit.“

Die Kirchen fordern, dass die Finanzmärkte weiter geordnet werden und dem Haftungsprinzip wieder Geltung verschafft wird. Das fordert auch der BKU. Nicht angesprochen wird die staatliche Geldpolitik der vergangenen Jahrzehnte. „Dieses Staatsversagen trägt Mitschuld an der Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen Jahre“, sagte Dött. Um das künftig zu vermeiden, schlägt der BKU vor, dass Finanzinstitute für Staatsanleihen ebenso Eigenkapital unterlegen müssen wie für Kredite an die Realwirtschaft. Die aufsichtsrechtliche Nullanrechnung von Krediten an Staaten sei langfristig durch eine sachgerechte Risikoanrechnung zu ersetzen.

Das Gebot der Nächstenliebe gilt universal

Der Verband teilt die im Gemeinsamen Wort vertretene Ansicht, dass das 21. Jahrhundert weit mehr internationale und weltgemeinschaftliche Kooperation erfordere als vergangene Zeiten und die Entwicklung einer weltweiten Sozialen Marktwirtschaft erforderlich sei. „Dafür stehen wir mit unserer Mitarbeit in der UNIAPAC – dem internationalen Dachverband christlicher Unternehmerverbände – und mit dem Engagement vieler unserer Mitglieder in der AFOS-Stiftung für Unternehmerische Entwicklungszusammenarbeit“, erklärte Dött. In der UNIAPAC organisiere der BKU in Kooperation mit dem Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden derzeit insbesondere den Austausch internationaler Experten zu einer gemeinwohlorientierten Ausgestaltung der globalen Finanzmarktordnung. Die BKU-nahe AFOS-Stiftung fördere Kleinunternehmer im Bereich der beruflichen Bildung, Mikrofinanz und Selbstorganisation. Schwerpunktländer seien derzeit Nigeria und die Philippinen.

Weitere Informationen:

Das Gemeinsame Wort „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ steht auf www.bku.de zum Download bereit. Rückfragen beantwortet BKU-Geschäftsführer Martin J. Wilde, Tel.: 0221 / 2 72 37 – 0, Mobil: 0172 / 234 19 22, E-Mail: wilde@bku.de. Weitere Informationen finden Sie auf www.sozialinitiative-kirchen.de.

Der BKU: Dem 1949 gegründeten BKU gehören rund 1 200 Inhaber-Unternehmer, Selbständige und leitende Angestellte an. Der BKU ist in 36 Diözesangruppen gegliedert. In seinen Arbeitskreisen entstehen innovative Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik und zum Führen mit Werten. Der Verband sieht sich als Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Kirche und Politik. Herausgeber: Marie-Luise Dött, MdB, Vorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer e.V., Tel. 0221/27237-0.